

Die öffentliche Meinung

Thomas Petersen

Als die EU-Regierungschefs am 21. Juli 2020 nach dem zweitlängsten Gipfeltreffen in der Geschichte der EU eine Einigung über den Aufbaufonds und den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für 2021 bis 2027 verkündeten, schien es in der Öffentlichkeit, als sei die Union noch einmal knapp ihrem Untergang entronnen. Noch am Vortag hatte der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn im Deutschlandfunk geklagt, in den harten Verhandlungen sei der Solidaritätsgedanke der EU lädiert worden. Er habe manchmal den Eindruck, dass sich die Gemeinschaft in vier Teile auflöse: „den Norden, den Süden, den Osten, den Westen, und man weiß nicht mehr genau, was in der Mitte das Ding zusammenhält.“¹ Wiederum einen Tag davor hatte der Außenpolitiker der FDP (Freie Demokratische Partei) Alexander Graf Lambsdorff, ebenfalls im Deutschlandfunk, den Kabarettisten Werner Schneyder mit der Aussage zitiert, Europa bestehe aus Staaten, die sich weigerten, sich an das zu halten, was sie selbst beschlossen hätten.²

Auch nach der Einigung gab es zahlreiche kritische Stimmen in der Öffentlichkeit. So sagte der Abgeordnete im Europäischen Parlament Markus Ferber (Christlich-Soziale Union in Bayern, CSU), bei dem Kompromiss handele es sich um ein „Sammelsurium von nationalen Egoismen“³, die Grüne Europapolitikerin Franziska Brantner sprach von einem „unwürdigen Geschachere“⁴, aber alles in allem überwogen die positiven Stimmen. Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron sprach von einem „historischen Tag für Europa“⁵, noch poetischer, aber auch beschwörender, formulierte es Ratspräsident Charles Michel: „Wir haben gezeigt, dass die Magie des europäischen Projekts lebt“.⁶ Bezeichnenderweise hielt er es offenbar für nötig, diesen Punkt ausdrücklich zu betonen.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Berichterstattung und mit ihr die öffentliche Diskussion über Krisen im europäischen Einigungsprozess und ihre Bewältigung immer wieder der gleichen Dramaturgie folgen: Es werden innereuropäische Konflikte betont und behauptet, nationale Egoismen würden den Zusammenhalt der Union gefährden, dann wird gar ihr Auseinanderbrechen beschworen und eine Einigung für praktisch unmöglich erklärt. Wenn dann die Regierungschefs in langen Verhandlungen einen Kompromiss finden, heißt es, damit sei die Gemeinschaft noch einmal knapp davongekommen – bis bei der nächsten größeren Herausforderung ein, zwei Jahre später das Spiel von vorn beginnt. Bereits bei der letzten deutschen Ratspräsidentschaft im Jahr 2007 wurde Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Presse als „Retterin Europas“ gefeiert, nachdem nach zähen Verhandlungen der Rahmen für einen EU-Vertrag verabredet worden

1 Jean Asselborn: „Solidaritätsgedanke der Europäischen Union wurde lädiert“, in: Deutschlandfunk, 20.7.2020.

2 Alexander Graf Lambsdorff: Nachhaltige Maßnahmen fördern statt Prestigeprojekte, in: Deutschlandfunk, 19.7.2020.

3 Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Sammelsurium von nationalen Egoismen“, 21.7.2020.

4 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Nationale Egoismen, 2020.

5 Frankfurter Allgemeine Zeitung: EU-Gipfel einigt sich auf Milliarden-Finanzpaket, 21.7.2020.

6 Hendrik Kafsack: „Die Magie des europäischen Projekts lebt“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.7.2020.

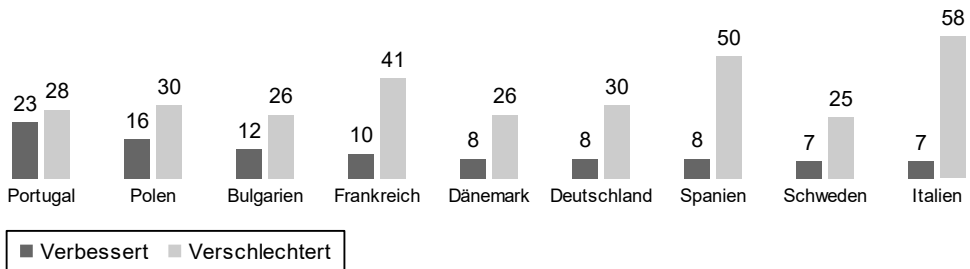
war, auf dessen Grundlage die EU nach der Ablehnung des Verfassungsvertrags durch die französische und niederländische Bevölkerung zwei Jahre zuvor weiterarbeiten konnte.⁷

Bemerkenswerterweise zeigt sich seit mindestens eineinhalb Jahrzehnten, dass die regelmäßige Wiederkehr vermeintlich existenzbedrohender Krisen für die EU nicht etwa dazu führt, dass die Bürger in den Mitgliedsländern das Vertrauen in die Union verlieren, sondern dazu beizutragen scheint, die in ruhigeren Jahren erlahmende Zustimmung neu zu mobilisieren. So wuchs ausgerechnet auf dem Höhepunkt der sogenannten Eurokrise zumindest in Deutschland die Akzeptanz der Gemeinschaftswährung deutlich.⁸ Die Entscheidung Großbritanniens zum EU-Austritt hatte nicht etwa, wie im Vorfeld von Befürwortern der Trennung behauptet worden war,⁹ zur Folge, dass die Gemeinschaft gänzlich auseinanderbrach, sondern dass die Zustimmung der Bürger zu ihr in den Mitgliedstaaten wuchs.¹⁰ Die Sorge um den Zusammenhalt der Union schien dazu zu führen, dass vielen ihr Wert erst bewusst wurde. Auch die Ausnahmesituation der Covid-19-Pandemie, die Italien, Spanien, Frankreich und Schweden besonders hart traf, hat den Ruf nach einer verstärkten europäischen Integration eher lauter werden lassen.

Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang die Ergebnisse einer multinationalen Umfrage vom April/Mai 2020¹¹, die zeigen, dass zumindest in dieser frühen Phase der Pandemie die Bürger in neun verschiedenen EU-Ländern überwiegend skeptisch auf die Gemeinschaft blickten. Auf die Frage, ob sich ihr Bild der EU während der Krise aufgelöst durch die Pandemie verbessert oder verschlechtert habe, antworteten zumindest relative, in Spanien und Italien sogar absolute Mehrheiten der Befragten, ihr Bild von der EU habe sich unter dem Eindruck der Krise verschlechtert (Grafik 1).

Grafik 1: Negatives Bild der EU in der Corona-Krise

Frage: Wie hat sich Ihr Bild der EU während der Corona-Krise verändert?



An 100 fehlende Prozent: „Ist gleichgeblieben“

Quelle: Dennison/Zerka: Together in Trauma, 2020, S. 9.

7 Vgl. Thomas Petersen: Die öffentliche Meinung, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der europäischen Integration 2007. Baden-Baden 2007, S. 297-304. Dort S. 297.

8 Vgl. Thomas Petersen: Die öffentliche Meinung, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2012. Baden-Baden 2012, S. 369-378. Dort S. 371-373.

9 Vgl. zum Beispiel Steffen Dobbert: „Sie werden mich für immer hassen“, in: Die Zeit, 9.5.2017.

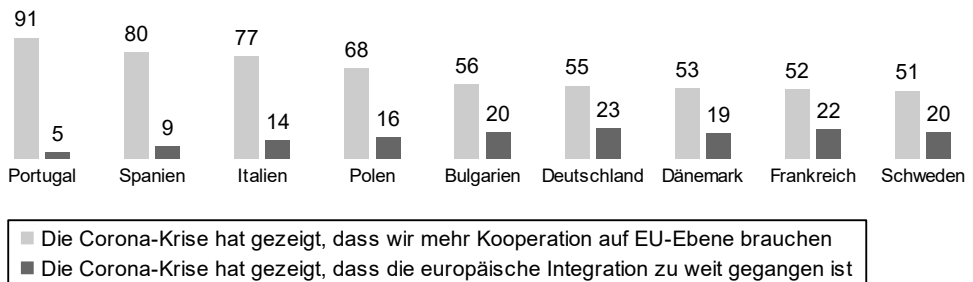
10 Vgl. Thomas Petersen: Die öffentliche Meinung, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2017. Baden-Baden 2017, S. 197-206. Dort S. 198-199.

11 Susi Dennison/Pawel Zerka: Together in Trauma: Europeans and the World after Covid 19. European Council on Foreign Relations Policy Brief, Juni 2020, abrufbar unter: https://www.ecfr.eu/publications/summary/together_in_trauma_europeans_and_the_world_after_covid_19 (letzter Zugriff: 21.7.2020).

Das sich in diesem Ergebnis widerspiegelnde Gefühl der Enttäuschung über die EU führte aber nicht dazu, dass die Befragten die Union für überflüssig erklärten, sondern sie setzten im Gegenteil große Hoffnungen auf sie. Auf die Frage, von wem man am ehesten Hilfe für den Wiederaufbau nach der Krise erwarte, nannten die Befragten in allen neun Ländern die EU-Institutionen an erster Stelle, weit vor konkreten europäischen Ländern, den Vereinigten Staaten oder China (allerdings meinten relative Mehrheiten in Dänemark, Italien, Schweden und Deutschland, sie erwarteten von keiner Seite Hilfe).¹² Unter diesen Umständen ist es auch nur folgerichtig, dass in allen an der Umfrage beteiligten Ländern deutlich mehr Befragte der Aussage „Die Corona-Krise hat gezeigt, dass wir mehr Kooperation auf EU-Ebene brauchen“ zustimmten als der Gegenposition „Die Corona-Krise hat gezeigt, dass die europäische Integration zu weit gegangen ist“ (Grafik 2).

Grafik 2: Die Corona-Krise und der Ruf nach Europäischer Einigung

Es stimmen den Aussagen zu –



An 100 fehlende Prozent: „Weiß nicht“

Quelle: Dennison/Zerka: Together in Trauma, 2020, S. 5.

Es ist in den ersten Monaten des Jahres 2020 oft behauptet worden, dass die Pandemie die EU spalte.¹³ Doch dies scheint eher der Ausdruck der Sorge vor einer solchen Entwicklung zu sein als die Reaktion auf tatsächliche Beobachtungen. Die Umfragen deuten auf ein Zusammenrücken der Europäer in der Krise hin. Dies zeigen auch Ergebnisse, wonach sich das Urteil der polnischen Bevölkerung über fast alle anderen europäischen Nationen von 2019 bis zum März 2020 deutlich verbesserte, die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft mit 89 Prozent auf einem äußerst hohen Niveau verharnte und die Behauptung, wonach sich die EU unangemessen in die polnische Souveränität einmische, von 55 Prozent der Befragten ausdrücklich zurückgewiesen wurde. Letzteres war der höchste Wert seit 2014, als die Frage zum ersten Mal gestellt worden war.¹⁴

Stunde der Exekutive

Die zunächst überraschende Tatsache, dass sich das Ansehen der EU-Institutionen unter dem Eindruck einer schweren Krise eher verbessert als verschlechtert, ist wahrscheinlich mit einem verbreiteten Reflex erklären, der auch auf der nationalen Ebene oft zu beobach-

¹² Dennison/Zerka: Together in Trauma, 2020, S. 4.

¹³ Vgl. zum Beispiel Rabea Westarp: Warum die Corona-Krise die EU spaltet, in: Capital, 23.4.2020; Oliver Grimm/Matthias Auer: Die Coronarezession spaltet Europa, in: Die Presse, 7.7.2020.

¹⁴ Public Opinion Research Center (CBOS): Attitudes to other nationalities, in: Polish Public Opinion 3/2020, S. 1-3.

ten ist: Angesichts einer von außen drohenden Gefahr wächst der innere Zusammenhalt und die Bereitschaft, zur Verteidigung der Gemeinschaft auf eigene Vorteile zu verzichten.

Aufschlussreich sind hier mehrere Umfrageergebnisse vom Frühjahr 2020 über die Reaktionen auf die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie in Deutschland, bei denen es sich um die größte Einschränkung der Grundrechte seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland handelte, die viele auch durchaus als sehr schmerzhaft empfanden: So sagten im April 2020 54 Prozent, sie hätten wegen der Pandemie private Feiern absagen oder umplanen müssen, 49 Prozent mussten Reisen stornieren oder verschieben, immerhin 30 Prozent berichteten von Einkommenseinbußen. 57 Prozent der Eltern von Kindern unter 15 Jahren sagten, dass sie wegen der Schließung der Kindergärten und Schulen die Kinderbetreuung neu organisieren mussten, fast die Hälfte von ihnen meinte, dass dies größere Schwierigkeiten mit sich gebracht hätte. Auf die Frage, wie sehr man verschiedene Maßnahmen des Staates als Einschränkung empfinde, nannten die Befragten an erster Stelle das Kontaktverbot, von dem 79 Prozent angaben, dass es für sie eine sehr große oder große Einschränkung sei. Mit deutlichem Abstand, aber immerhin noch von jeweils rund der Hälfte der Bevölkerung als sehr große oder große Einschränkung eingestuft, folgten die Schließung von Gaststätten, Bars und Cafés und die Schließung von Freizeiteinrichtungen.¹⁵

Die Bevölkerung reagierte auf die Einschränkungen ihrer Freiheitsrechte aber keineswegs verärgert oder verdrossen, sondern im Gegenteil eindeutig positiv: Bei der Frage „Wie bewerten Sie speziell die Arbeit der Bundesregierung in der Corona-Krise?“ bescheinigten 75 Prozent der Befragten der Regierung eine sehr gute oder gute Arbeit.¹⁶ Die allgemeine Zustimmung zur Politik von Bundeskanzlerin Merkel stieg von 32 Prozent vor Ausbruch der Krise auf 49 Prozent im April und 52 Prozent im Mai.¹⁷ Die Regierung wurde also dafür, dass sie den Bürgern seit Jahrzehnten unbekannte Einschränkungen im Alltag auferlegte, von diesen dafür mit wachsender Zustimmung belohnt.

In einer anderen Umfrage vom April 2020 antworteten auf die Frage „Ist unsere Regierung stark genug, oder machen Sie sich Sorgen, dass sie zu schwach ist?“ knapp die Hälfte der Befragten, sie hielte die Regierung für stark genug, jeder vierte meinte, er mache sich Sorgen, dass das nicht der Fall sein könnte.¹⁸ Auf den ersten Blick scheint dieses Umfrageergebnis nicht besonders überraschend zu sein. Wie ungewöhnlich es ist, zeigt erst der Trendvergleich. Die Frage, ob die Regierung stark genug sei, ist in den vergangenen Jahrzehnten schon gelegentlich in Allensbacher Umfragen gestellt worden. Ergebnisse liegen aus den Jahren 1999, 2002 und 2019 vor. Obwohl sie also in unterschiedlichen tagespolitischen Zusammenhängen gestellt wurden, unterscheiden sich die Antworten dieser früheren Befragungen nur wenig voneinander: 1999 und 2019 sagte jeweils nur knapp jeder fünfte Befragte, er sei der Ansicht, die Regierung sei stark genug, 2002 waren es mit 26 Prozent nur wenig mehr. Klare absolute Mehrheiten von 54 beziehungsweise 55 Prozent meinten 1999 und 2019 dagegen, sie machten sich Sorgen, dass die Regierung zu schwach sei, 2002 machte noch eine klare relative Mehrheit von 46 Prozent diese Angabe. Von diesen Resultaten wich das Ergebnis vom April 2020 geradezu spektakulär ab: In weniger als einem halben Jahr war die Zahl derjenigen, die die Regierung für stark genug hielten, um 30 Prozentpunkte und damit um das zweieinhalbfa-

15 Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage Nr. 12002.

16 Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage Nr. 12002.

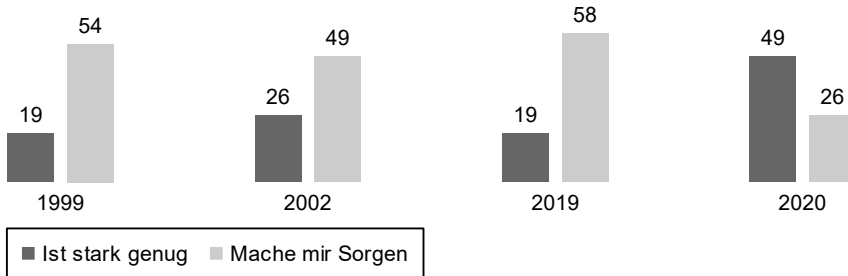
17 Allensbacher Archiv: IfD-Umfragen Nr. 12014, 8233/I, 8233/II.

18 Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage Nr. 8238.

che gestiegen (Grafik 3). Solche Sprünge in den Ergebnissen sind in der Umfrageforschung außerordentlich selten.

Grafik 3: Deutschland: Stunde der Exekutive

Frage: „Ist unsere Regierung stark genug, oder machen Sie sich Sorgen, dass sie zu schwach ist?“



Quelle: Allensbacher Archiv: IfD-Umfragen Nr. 6080, 7017, 12011, 8238.

Ähnliches ist auch an den Antworten auf die Frage „Glauben Sie, dass die Regierungskoalition aus CDU/CSU und SPD im Großen und Ganzen einig oder zerstritten ist?“ zu erkennen: 29 Prozent der Befragten antworteten im April 2020 auf die Frage, sie glaubten, die Koalition sei einig, 37 Prozent hielten sie für zerstritten, 34 Prozent äußerten sich unentschieden.¹⁹ Dieses Ergebnis erscheint zunächst unspektakulär, doch auch hier zeigt erst der Kontrast zum Ergebnis vom August 2018, als die Frage schon einmal gestellt worden war, wie sehr sich der Blick der Bürger auf die Regierung gewandelt hatte: Damals hatten noch 61 Prozent der Befragten die Regierungskoalition als zerstritten bezeichnet.²⁰ Zwar liegen keine Daten aus der Zeit zwischen Sommer 2018 und Jahresende 2019 vor, doch anzunehmen ist, dass eine Umfrage vom Herbst 2019 zu keinem wesentlich anderen Ergebnis gekommen wäre als die aus dem Jahr davor. Damit zeigt sich in den deutschen Umfrageergebnissen vom Frühjahr 2020, was in der öffentlichen Diskussion in jüngster Zeit unter dem Schlagwort der „Stunde der Exekutive“ öfter betont worden ist: Krisenzeiten bieten für Regierungen die Chance, ihre Tatkraft unter Beweis zu stellen und damit ihr Ansehen bei der Bevölkerung zu verbessern.

Auch ohne vergleichbare Daten aus anderen Ländern ist anzunehmen, dass auch in anderen Teilen Europas ein ähnlicher Effekt eingetreten ist. Einen Hinweis hierauf bieten die Popularitätswerte der Regierungschefs, wenn auch aufschlussreiche Unterschiede von Land zu Land zu verzeichnen sind. Grafik 4 zeigt die Entwicklung der Zustimmung zu Bundeskanzlerin Merkel und den Ministerpräsidenten der drei größten anderen EU-Länder sowie zum britischen Premierminister Boris Johnson in der ersten Jahreshälfte 2020. Man erkennt, dass das Ansehen aller fünf Regierungschefs zwischen Januar und Februar 2020, kurz vor Ausbruch der Pandemie, und dem – zumindest vorläufigen – Höhepunkt der Krise im April stieg, das des italienischen Ministerpräsidenten Giuseppe Conte, dessen Land in der ersten Phase besonders stark betroffen war, allerdings nur geringfügig, doch auch bei ihm war zumindest eine leicht steigende Tendenz zu verzeichnen.

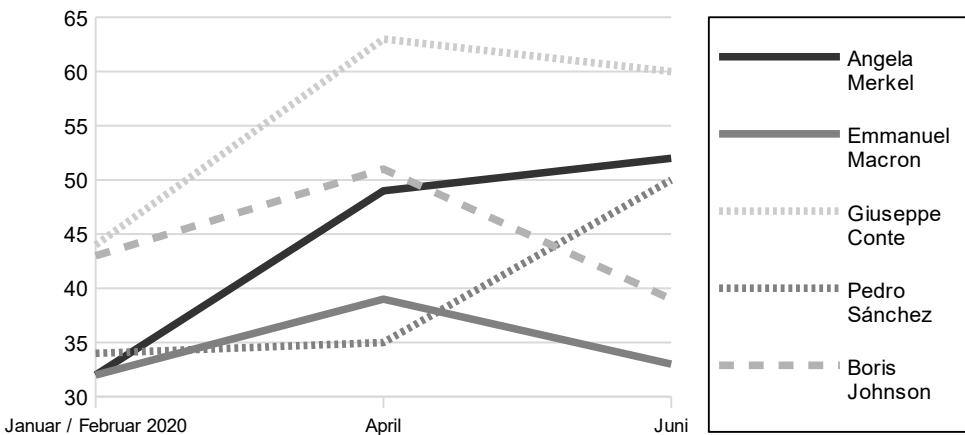
¹⁹ Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage Nr. 8238.

²⁰ Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage Nr. 11092.

In den Monaten danach differenzierte sich das Bild. Während nun auch das Ansehen Contes deutlich anstieg und das von Merkel und des spanischen Ministerpräsidenten Pedro Sánchez ungefähr auf dem Niveau von April 2020 stagnierte, sanken die Zustimmungswerte von Emmanuel Macron und Boris Johnson. Insgesamt zeigen die Zahlen, dass sich die Bevölkerungen angesichts der Gefahr zumindest vorübergehend stärker hinter ihre Regierungen stellten, als es vermutlich sonst der Fall gewesen wäre. Der einzige der fünf Regierungschefs, der im Juni 2020 weniger Zustimmung bei der Bevölkerung genoss als zu Jahresbeginn, war der britische Premier Johnson. Äußere Bedrohungen nützen also tendenziell Regierungen, sofern diese nicht offensichtlich deren Urheber sind oder diese durch Fehlentscheidungen für die meisten Bürger deutlich erkennbar verschlimmern.

Grafik 4: Popularität europäischer Regierungschefs

Es haben über ... eine positive Meinung –



Quellen: Merkel: Institut für Demoskopie Allensbach. Macron: Elabe. Conte: Demos. Sánchez: Simple Logica. Johnson: Opinium.

Angesichts der Covid-19-Pandemie und ihrer Auswirkungen sind viele andere Aspekte der europäischen Integration, die unter anderen Bedingungen vermutlich größere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erhalten hätten, in den Hintergrund geraten. Zwei Themen von besonderer Tragweite sollen zumindest kurz erwähnt werden: Die Meinungsbildung im Vereinigten Königreich über den Fortgang der Verhandlungen zum Ausscheiden aus dem Binnenmarkt und die Diskussion in Polen über die Entwicklung des Justizwesens und – damit verbunden – über das Verhältnis Polens zur EU.²¹

Was das Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der EU betrifft, so scheinen sich die Sorgen der Bürger des Königreichs angesichts der zu erwartenden Folgen zu mehren. Vor allem die Entscheidung der britischen Regierung, die Übergangsphase, in der das Land nach dem offiziellen Ausscheiden noch im Binnenmarkt verbleibt, in jedem Fall Ende des Jahres 2020 zu beenden, stößt auf erhebliche Skepsis bei der britischen Bevölkerung. Dies zeigen die Ergebnisse einer experimentellen Bevölkerungsumfrage vom Mai

21 Vgl. hierzu auch die Beiträge „Brexit“ und „Polen“ in diesem Jahrbuch.

2020. Bei diesem Experiment wurde die Gesamtstichprobe von insgesamt rund 1.000 Befragten in zwei, jeweils für sich genommen ebenfalls repräsentative Untergruppen unterteilt. Der einen Hälfte der Befragten wurde die Frage gestellt: „Das Vereinigte Königreich hat die Europäische Union am 31. Januar 2020 verlassen, doch die gemeinsamen Regeln für den Handel, im Reiseverkehr und andere Geschäftstätigkeiten gelten noch für eine Übergangszeit bis zum 31. Dezember 2020 weiter. Sollte die Regierung wegen der Corona-Epidemie eine Verlängerung der Übergangsperiode beantragen, oder sollte die Übergangszeit am 31. Dezember 2020 enden?“ Eine klare Mehrheit von 54 Prozent der Befragten antwortete bei dieser Fragevariante, die Übergangszeit sollte verlängert werden, deutlich weniger, 40 Prozent, widersprachen (Grafik 5).

Grafik 5: Großbritannien: Verlängerung der Übergangsperiode?

Frage: „Das Vereinigte Königreich hat die Europäische Union am 31. Januar 2020 verlassen, doch die gemeinsamen Regeln für den Handel, im Reiseverkehr und andere Geschäftstätigkeiten gelten noch für eine Übergangszeit bis zum 31. Dezember 2020 weiter. Sollte die Regierung wegen der Corona-Epidemie einer Verlängerung der Übergangsperiode beantragen, oder sollte die Übergangszeit am 31. Dezember 2020 enden?“



Quelle: Ipsos MORI: Health Foundation, 2020.

Noch eindeutiger fiel das Ergebnis in der zweiten Befragtengruppe aus, in der die Gründe für eine Verlängerung der Übergangsperiode erläutert wurden. Hier wurde der Fragetext durch die folgende Erläuterung ergänzt: „Wenn es kein Handelsabkommen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union oder eine Verlängerung der Übergangsperiode gibt, wird es nach dem 31. Dezember 2020 einen ‚No Deal‘-Brexit geben. Das heißt, dass wir auf der Grundlage der Regeln der Welthandelsorganisation internationalen Handel betreiben werden. Das kann zu Versorgungsengpässen bei bestimmten Produkten führen, beispielsweise bei Medikamenten oder anderen medizinischen Produkten.“ Auf diese Weise auf die möglichen Folgen eines Ausstiegs ohne Handelsabkommen aufmerksam gemacht, entscheiden sich 65 Prozent der Befragten für eine Verlängerung der Übergangsperiode. Lediglich 31 Prozent hielten auch unter diesen Bedingungen an ihrem Wunsch nach einem Ende der Übergangsperiode fest.²² Man erkennt, dass die Einstellung der britischen Bevölkerung zu diesem Thema weniger verfestigt ist, als man angesichts der Polarisierung der öffentlichen Diskussion im Land vermuten würde, denn nur bei einer wenig gefestigten Meinungsbildung sind derart starke Effekte einer Änderung der Frageformulierung zu beobachten.²³ Damit zeigt das Ergebnis auch, in welchem Maße das derzeitige Meinungsklima im Vereinigten Königreich zur EU durch den Mangel an sachlicher Aufklärung geprägt ist.

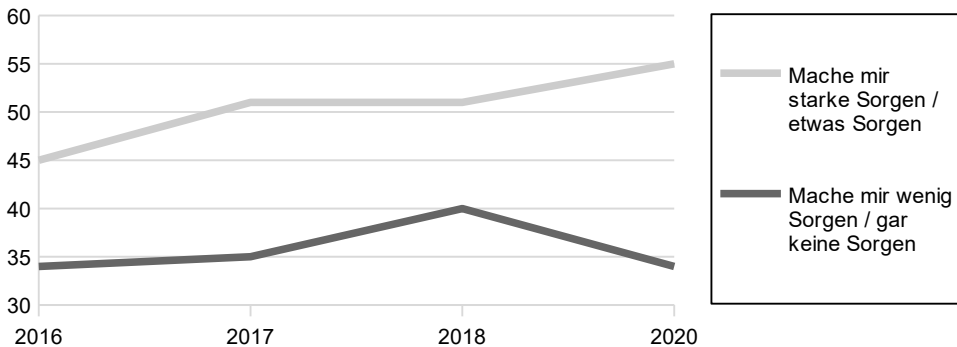
²² Ipsos MORI: Health Foundation COVID-19 Polling May 2020 V2.

²³ Vgl. Thomas Petersen: Das Feldexperiment in der Umfrageforschung. Frankfurt am Main 2002, S. 115-126.

In der Auseinandersetzung um die Justizreformen in Polen kann man von außen betrachtet den Eindruck gewinnen, die EU und vor allem die westeuropäischen Länder stünden einer ausgeprägten, das ganze Volk umfassenden nationalistischen Bewegung in Polen gegenüber, die jeden Verweis auf die rechtsstaatliche Prinzipien als Einmischung in innere Angelegenheiten kategorisch zurückweist. Doch Umfragen zeigen, dass es falsch wäre, die Rhetorik der Regierungspartei mit der allgemeinen Stimmung im Land gleichzusetzen. Tatsächlich hat die europäische Perspektive in der Wahrnehmung der polnischen Bevölkerung erhebliches Gewicht. Auf die im Februar 2020 gestellte Frage, welchem Personen oder Institutionen man in der Diskussion um die Justizreformen am ehesten vertraue, antworteten immerhin 36 Prozent, sie vertrauten hier der EU, die damit an die zweite Stelle der Rangliste kam, hinter Staatspräsident Duda (40 Prozent) und noch vor Premierminister Morawiecki (34 Prozent) und der Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (30 Prozent).²⁴ Die Justizreformen selbst wurden in der Umfrage nur von 30 Prozent der Befragten eindeutig befürwortet.²⁵ Da, wie bereits erwähnt, die allgemeine Zustimmung in Polen zur EU-Mitgliedschaft auf einem äußerst hohen Niveau verharret, ist es nur folgerichtig, dass die Zahl der polnischen Bürger wächst, die sich angesichts der Konflikte zwischen ihrer Regierung und der EU über Fragen der Rechtsstaatlichkeit Sorgen machen. Der Anteil derjenigen, die Sanktionen befürchten, falls Polen die Erwartungen der EU ignoriere, ist in der Zeit von 2016 bis 2020 von 45 auf 55 Prozent gestiegen (Grafik 6), ein Hinweis darauf, dass die EU in der Diskussion um die Einhaltung der Grundrechte zumindest gegenüber Polen keine so schwache Position hat, wie es in der Berichterstattung oft den Anschein hat.

Grafik 6: Polen: Sorge vor Sanktionen

Frage: „Machen Sie sich Sorgen, dass Sanktionen gegen Polen verhängt werden könnten, wenn es die Meinungen und Erwartungen der Europäischen Union ignoriert?“



An 100 fehlende Prozent: „Weiß nicht“

Quelle: CBOS: Polish Public Opinion 3/2020, S. 3.

24 Public Opinion Research Center (CBOS): Opinions about changes in the judiciary, in: Polish Public Opinion 2/2020, S. 2.

25 CBOS: Changes in the judiciary, 2020, S. 2.